

Konjunkturschlaglicht

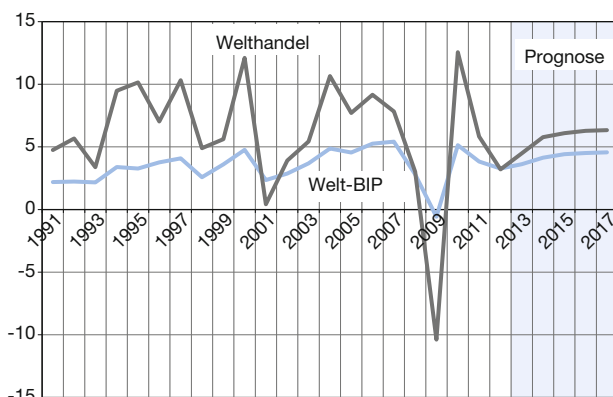
Die Entwicklung der Weltwirtschaft 2013

Im Verlauf des Jahres 2012 hat sich die Weltkonjunktur deutlich abgekühlt. Dabei ist das Wachstumstempo in den einzelnen Weltregionen weiterhin sehr unterschiedlich: Der Euroraum ist in die Rezession geraten, die USA sind verhalten gewachsen und in den Schwellenländern hat sich die Dynamik abgekühlt.

Im Jahr 2013 dürfte die Weltkonjunktur wieder an Fahrt gewinnen. Der Ausgangspunkt für die Trendwende werden wieder die Schwellenländer sein. In den letzten Jahren lagen die Wachstumsraten in China über 10%. Regierung und Zentralbank haben über längere Zeit erfolglos versucht, zu bremsen. Nun ist die Bremsung etwas stärker ausgefallen als gewünscht und die Wirtschaftspolitik schaltet wieder um in Richtung Expansion. Da es in den Schwellenländern mit ihrer inhärenten Wachstumsdynamik sehr viel leichter ist, zu beschleunigen als zu bremsen, wird dies auch schnell gelingen, so dass China 2013 mit einer Rate von mehr als 8% wachsen wird. Auch in Brasilien und Russland wird die Konjunktur, nicht zuletzt wegen der weiterhin hohen Einnahmen aus Rohstoffexporten, wieder an Fahrt gewinnen. Dabei werden in Brasilien und in anderen südamerikanischen Ländern die Investitionen deutlich anziehen. Diese erhöhen die Kapitalintensität der Produktion und verbessern damit die langfristigen Wachstumsperspektiven.

Abbildung 1
Wachstum des Welthandels und der Weltwirtschaft

Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: IMF, HWWI.

In den USA wird das Wachstum auch im nächsten Jahr nur verhalten sein. Staat und Haushalte müssen konsolidieren – dies dämpft die Nachfrage. Ein starker Einbruch der Konjunktur kann aber vermieden werden. Dazu muss die sogenannte „fiskalische Klippe“ umschifft werden. Dies könnte durch eine Einigung zwischen Präsident und Kongress geschehen. Es wäre jedoch auch möglich, dass die automatischen Steuerhöhungen und Ausgabenkürzungen zum Jahresanfang 2013 zunächst in Kraft treten. Im Anschluss könnten Ausgaben wieder erhöht oder neue Steuerbefreiungen gewährt werden. In diesem Prozess hätte der Präsident die größere Verhandlungsmacht. Insgesamt würde es aber auch in diesem Fall nicht zu den befürchteten stark kontraktiven Effekten kommen.

Die US-amerikanischen Haushalte haben über mehrere Jahre unter dem Preisverfall im Immobilienbereich gelitten. Hier hat sich eine gewisse Trendwende ergeben. Seit einigen Monaten steigen die Immobilienpreise wieder. Der vorherige Verfall ist jedoch noch lange nicht aufgeholt. Insofern werden die US-Haushalte weiter konsolidieren, und das Konsumwachstum bleibt verhalten. Insgesamt werden die USA im nächsten Jahr mit etwas unter 2% wachsen. Mittelfristig ergeben sich in den USA positive Effekte durch die Investitionen. Hier verbessert nicht nur eine lang anhaltende Lohnzurückhaltung, sondern auch die Möglichkeit, durch nicht-konventionelle Öl- und Erdgasvorkommen auf günstige Energiereserven zugreifen zu können, die Wettbewerbsfähigkeit. Bei weiterhin niedrigen Zinsen dürfte es in den nächsten Jahren zu deutlich steigenden Investitionen kommen.

Die größten Risiken für die Weltwirtschaft gehen aktuell vom Euroraum aus. Zwar gibt es Anzeichen dafür, dass die derzeitige Rezession im nächsten Jahr überwunden wird, aber dennoch wird der Euroraum im Jahresdurchschnitt 2013 allenfalls stagnieren. Noch immer ist unklar, ob und in welcher Form die Währungsunion erhalten werden kann. Eine Auflösung wäre mit staatlichen Insolvenzen verbunden und würde deshalb einen gravierenden Schock für das Finanzsystem bedeuten. Damit wäre auch ein realwirtschaftlicher Einbruch verbunden. Um dies zu verhindern, müssen die Rettungsschirme und die EZB stabilisierend eingreifen. Die Konsolidierungsprogramme müssen fortgesetzt werden.

Unsicherheit gepaart mit Konsolidierungsmaßnahmen führt dazu, dass sich der Euroraum nur sehr langsam aus der Rezession befreien kann. Die Arbeitslosigkeit bleibt lange hoch. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob die sozialen Entwicklungen eine Fortsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erlauben. Dies vergrößert die Unsicherheit über den Fortbestand des Euroraums. Ein Ausweg aus dem Dilemma zwischen Konsolidierungsmaßnahmen und den dadurch ausgelösten rezessiven Tendenzen auf der einen Seite und der fehlenden Glaubwürdigkeit einer langfristigen Konsolidierung auf der anderen Seite könnte eine neue demokratisch legitimierte Institution sein. Hier fehlt es aber an dem politischen Willen zur Umsetzung.

Vor dem Hintergrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit in den USA und in Europa wird das Lohnwachstum ausgesprochen moderat ausfallen. Gleichzeitig bleibt der Wettbewerbsdruck hoch, so dass die Preisspielräume der Unternehmen begrenzt sind. Dies erlaubt den Zentralbanken, die expansive Politik fortzusetzen, ohne dass dadurch eine akute Inflationsgefahr droht. Damit bleiben auch die langfristigen Zinsen auf niedrigem Niveau. Dies erleichtert den Staaten den Konsolidierungsprozess und unterstützt das Anziehen der Investitionen.

Michael Bräuninger
braeuninger@hwwi.org